

Überall hat Keller mit Preissteigerungen und Vorkäufen gemischt werden, als würde die Welt stets so geringen Kaufkraft haben. In dem Augenblick, da die deutsche Welt plötzlich stieg, wurde die heillose Preisverwirrung da, wo gegen ein langsames und stetiges Steigen der Welt einmal Vorkäuflichkeit von einer jähen Ueberstimmung mit Auslandsware und einem plötzlichen Hinausströmen deutschen Geldes, dessen Folge wieder Vorkäuflichkeit bedeuten würde, und dann den inneren Markt vor sich selbst bewahrt. Die Vorkäuflichkeit der ausländischen Finanzkapitalisten laufen also darauf hin, die Valuta allmählich zu heben, eine Abhilfe, die allein Rettung bringen und Krisen und neue Erschütterungen verhindern kann.

Der Mark-Kurs im Westen.

Zur Wiesbaden, 23. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die französische Belastungsschuld der Rheinschiffahrt hat den Kurs der deutschen Mark für die Rheinschiffahrt und für das Saargebiet auf 14 Centimes festgesetzt.

Der Erzberger-Helferich-Prozess.

Berlin, 23. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber den Umfang der Beweisaufnahme entspinnt sich abermals eine nicht endenwollende Debatte. In ihr macht Dr. Helferich gegen die Erzberger-Verfahrensausschüsse aufmerksamer, während Kommerzienrat Berger als Zeuge den Eidanspruch zwischen dem Kommando und der Firma Berger-Eichhorn als unzulässig bezeichnet habe, der Geschäftsbericht der Firma über das Jahr 1916 diesen Eidanspruch als einseitig bezeichnet. Der Antrag, die Erzberger-Verfahrensausschüsse werden im Angelegenheit bleiben. Am Dienstag werden der deutsche Gesandte in Rom und

Herr von Bethmann Hollweg als Zeugen vernommen werden. Des Gerichtes wird sich alsdann der Erörterung des Falles zuwenden.

Helferich: Der Fall Hagan ist ein Topf für die Ausübung amtlicher Kenntnisse zu privaten Spekulationen. Erzberger hat als Mitglied der Weissenhof-Kommission Kenntnisse von der Behauptung erhalten, zu denen der Reichsausschuss beschließen würde und hat diese Kenntnisse dazu benutzt, 100 Hypotheken zu erwerben. **Dr. Albers:** Ich möchte dieser Bemerkung gegenüber betonen, daß der Angeklagte weder einen solchen Apparat besitzt, noch einen Fennia für Droschke angeschafft hat, wie ihm nachgelagt wird, sondern daß ihm kein solches Material von Renten zugegangen ist, die es ehrlieh mit der Wahrheit meinen.

Erzberger: Ich habe, als ich der Deutschen Bank den Auftrag auf den Kauf der Hypotheken gab, offen zum Ausdruck gebracht, daß dieser Kauf dazu dienen sollte, das Vertrauen der Öffentlichkeit zum deutschen Wirtschaftssystem zu heben und namentlich sollte er den Gläubigern helfen, durch den Entente ausgeliefert, während dies zur Zeit meines Fall war. Es war mein Wunsch und Wille, daß bekannt werde, ich hätte

einen Teil meines Vermögens in Hypotheken angelegt.

Dr. Albers: Haben Sie Ihre Meinung über das Wirtschaftssystem und über die Aussichten der Redereien auch schon vor ihrem Kauf Ausdruck gegeben?

Erzberger: Das weiß ich heute nicht mehr. Jedenfalls betone ich, daß ich diesen Kauf nur aus dem von mir angegebenen natürlichen Grund vornahm.

Dr. Albers: Der Herr Nebenkläger hat nun am vierten Verhandlungstage behauptet, daß er mit der Entscheidung über den Kauf der Redereien etwas zu tun gehabt habe, sondern daß die Angelegenheit beim Reichswirtschaftsministerium erledigt worden sei. Ist es nun richtig, daß der Herr Nebenkläger den Redereien eine Entscheidung verweigert hat?

Erzberger: Ich habe ihnen verweigert, ein solches Verfahren beim Reichsamt für die Redereien zu betreiben.

Helferich: Sie der Wertverlust in der Zentrumsfraktion zur Sprache gekommen und hat er dort nicht eine gewisse Erregung hervorgerufen?

Erzberger: Ich kann mich dessen nicht erinnern. Es könnte aber Minister Giesberts dazu vernommen werden.

Dieser äußerte sich als Zeuge zum Kauf der Hypotheken: Erzberger sagte mir, er habe, um sein Vertrauen zur deutschen Schiffahrt zu beweisen, einen erheblichen Teil seines Vermögens in Hypotheken angelegt und er gab mir den Rat, ein gleiches zu tun. Ich lehnte ab, da ich nicht Lust hatte, meine geringen Ersparnisse in Schiffahrtsspekulationen anzulegen.

Dr. Albers: Wüßten Sie denn bis zu diesem Zeitpunkt, daß Erzberger Hypotheken gekauft hatte, um sein Vertrauen zum Wirtschaftssystem zu bekunden?

Helferich: Nein.

Dr. Albers: Haben Sie den Nebenkläger für falsch, daß er amtliche Kenntnisse zu privaten Zwecken ausnützte?

Helferich: Nein. In dem Fall Hagan geht es bei mir in der Verhandlung, daß er sich durch seinen Eintritt bei Hagan in seinen amtlichen Funktionen beeinflussen sollte.

Helferich: Amnestie des Herrn Kreisbesitzes ist über den Kauf der Hypotheken gesprochen worden. Ist da nicht auch dieser Kauf von gewisser Seite als unethisch bezeichnet worden?

Helferich: Nein.

Helferich: Gordan: Hat der Herr Nebenkläger seine Absicht, den Kauf als Ausweis seines Vertrauens zur deutschen Schiffahrt zu empfinden, zum Ausdruck gebracht?

Erzberger: Ich habe überall, wo sich Gelegenheit bot, von diesem Willen gesprochen.

Helferich: Peuge ist der dritte

Dr. Albers: Er behauptet, daß ein geheimes Verbot, den er als Mitglied der Weissenhof-Kommission an den Kriegsminister jandte und das ganz geheim und privat bezeichnete, von Erzberger mißbraucht worden ist.

Erzberger: Die Angelegenheit dieses Verbotes ist mir ausgedrückt worden von Seiten, die informiert darüber waren, daß in unerwünschter Weise in dem Briefe hinter meinem Rücken gegen mich losgegangen wurde. Ich wüßte nicht, was ich als Minister, nachdem ich diesen Brief erhalten hatte, anders hätte tun können, als dem Schreiben dem Kriegsminister zu übergeben und dem Schreiben, dem Schreiben zu beistimmen.

Helferich: Was waren die Leute, die Ihnen die Abschrift überbrachten?

Erzberger: Des weiß ich nicht mehr. Ich habe auch nicht die Absicht gehabt, mir ihre Namen einzuprägen.

Zeuge Albers: Es können dies nur Leute gewesen sein, von denen man schon damals in der Weissenhof-Kommission munkelte, sie

dienten Erzberger als Späher und Jutäger.

Nach der Pause kommt die Behauptung zur Sprache, Erzberger habe gegen Zuführung eines Jahresgehaltes von 12000 Mark die parlamentarische Vertretung des Reichsausschusses und ähnlicher Verbände übernommen wollen. Erzberger behauptet, daß er mit den betreffenden Interessenten über die Angelegenheit gesprochen und sich mit ihnen über die obige Summe einig geworden sei, des Amt aber niemals angetreten habe, weil er inzwischen Staatssekretär wurde.

Vorsitzender: Haben Sie denn die Interessen der genannten Verbände im Parlament vertreten?

Erzberger: Ich kann mich nicht erinnern.

Helferich: Ich behaupte, daß Herr Erzberger während der Verhandlungen noch schwachen, die Interessen der genannten Verbände bereits vertrat. Die Zeugenvernehmungen werden Sie ergehen.

Dr. Zeuge Albers: Mitglied des Weissenhof-Verbandes, weiß nichts näheres zu betonen. Andere Zeugen, die in Frage kommen, fehlen wegen Krankheit oder Reise. Es soll daher

das Thema Ein- und Ausfuhr

Helferich: Es handelt sich hier um ein sehr ausgedehntes Tätigkeitsfeld des Nebenklägers zur Erreichung von Einfuhrzwecken von in- und ausländischen Geschäftsfreunden. Zum Beispiel hat er für einen Hamburger Feinwoll- und Seidenfruchthändler namens Bartsch umfangreiche Einfuhrzwecke für Textilien bestellt, trotzdem dessen Lieferant in der Schweiz und der dortigen Regierung keine Ausfuhrerlaubnis erhielt. Es ist schließlich so weit gekommen, daß man in der Schweiz mit dem Erzbergerischen Erbschaftsbesitzern repetitiven Handel trieb. Der Vortrag, den Bartel verdient hat, soll sich auf 20 Millionen Mark belaufen.

Erzberger: Es muß unter allen Umständen hervorzuheben werden, daß ich diese Einfuhrerlaubnisse nicht in meiner Eigenschaft als Weissenhofer, sondern als Chef der Propaganda erstellte. Weiter die Persönlichkeiten nach in der Schweiz nicht mehr.

Helferich: Haben Sie als Chef der Propaganda irgend eine Fennia weitergehende Portelle gehabt?

Erzberger: Nein. Wenn Mißbrauch mit den Einfuhrerlaubnissen getrieben wurde, so kann ich nichts dafür. Ich bin ein Handel mit ihnen getrieben wurde, bezweifle ich aber.

Dr. Albers: Aus welchen Gründen bezogten Sie denn die Fennia und Ausfuhrerlaubnisse?

Helferich: Dazu kann ich in der Öffentlichkeit keine Aussagen machen.

Helferich: Dann will ich es Ihnen lassen. Sie haben Mittel gebraucht, um gewisse Zwecke zu erreichen und haben diese Mittel auf dem angegebenen Wege angedreht. Warum haben Sie sich nicht an den Reichsausschuss gewendet, der eine solche Fennia hatte, die er Ihnen zur Verfügung gestellt hätte.

Erzberger: Auch darüber kann ich in der Öffentlichkeit keine Aussagen machen.

Helferich: Haben Sie denn dem Reichsausschuss Mitteilungen von Ihren Transaktionen gemacht?

Erzberger: Das weiß ich nicht.

Helferich: Es scheint sich eine lebhaftere Debatte, in der der Rechtsbeistand des Nebenklägers die Öffentlichkeit auszusprechen dürfte, da sonst ein Ausländer mehr für Deutschland arbeiten würde. Helferich widerspricht, da keine Sanktionen, sondern nur Sanktionen für den Handel zu erwarten sind. Trotzdem wird die Öffentlichkeit ausgegliedert.

Preussische Landesverammlung.

Berlin, 23. Febr. 119. Sitzung. Am Regierungssitz: Dele.

Vorsitzender Reimer: eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend

Erhöhung der Güter- und Viehsteuer.

Abg. Dr. Müller (Dem.): Schluß an den schlechten Ergebnissen der Eisenabverteilung haben nicht die Richter, sondern die Verwaltung.

Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Ein Weisenhofer betreffend Erhöhung von Ortsgerichten für Untergerichts, Einbürgerung und Reichsheim wird ohne Aussprache dem Gemeindeauschuss überwiesen.

Ebenso derjenige betreffend eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Pöhlendorf und des Landtagsausschusses in Wiesbaden, die Zahl der Provinzialausschussmitglieder zu erhöhen.

Einer Veränderung der Amtsgerichtsbezirke in der Provinz Pommern wird in erster Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge der Demokraten und der Deutschnationalen über

Geldmitteln.

Abg. Dr. Müller (Dem.) beantwortet einen Antrag seines Partei, der den Minister ersuchen will, die von ihm erlassene Verordnung zur Befreiung von Geldmitteln vom 9. Dezember 1916 infolge der Verbesserung vorzuziehen, um ihrer Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Verordnung zu ermöglichen. Ueber reichsweite Bestimmungen darf sich ein preussischer Minister nicht hinwegsetzen. Ebenso darf er auch das Recht der Kündigung zum Zwecke der Weisenhofer nicht anerkennen. Richtig ist die Verordnung erst dann anzuwenden, wenn die Weisenhofer die notwendigen Grundlagen vorgelegt wird.

Abg. Kowatz (Dm.) begründet diesen Antrag. Das Parlament hätte vor Heranzugabe einer solchen Verordnung gehört werden müssen. Die entgegenstehenden rechtsgesetzlichen Bestimmungen scheinen demnach

ausgewirkt worden zu sein. Will man unseren Volksgenossen genügend Wohnungen sichern, dann mag man die vielen lästigen Ausländer in Konzentrationslagern unterbringen.

Minister Stegerwald: Dr. Müller hat mich in Grund und Boden kritisiert. Von Diktatorialität war aber dabei nichts zu hören. Alle Anträge gehen mit dem Wohlfahrtsministerium konform. Das Reichsausschussministerium hat mit verhandelt und steht durchaus zu dieser Verordnung. Außerdem sind die Hausbesitzerorganisationen befragt worden. Die Wohnungslage hat einen Verlauf angenommen, wie nie zuvor. In Berlin sind 50 000 Haushaltungen wohnungslos. Reichlich ist es an allen Plätzen. Die freie Wirtschaft im Baugewerbe und im Wohnungswesen ist noch nicht möglich. Die Mietspiegelgesetze, die vielfach 100 Prozent betragen, machen Einfuhr geboten werden, um nicht beschwerliche Zustände herbeizuführen. Wegen dem Mietspiegel ist irreführendlich etwas zu machen. Der Grundstücksverkauf floriert. Namentlich legen Ausländer hier ihr Geld an. Auch Arbeiter sind da am Werke. Da darf der Staat nicht misgünstig zusehen. Auch die eurasischen Länder haben Beschäftigten und weit höherer Lohnniveau (Lohn, Löhne). Der solide Hausbesitz soll natürlich beschützt werden. Ich wende mich nur

gegen die spekulative Ausnutzung des Volkes.

Die preussische Hausbesitzerverordnung ist die mildeste von allen.

Abg. Brandenburg (Soz.): Der größte Mangel besteht darin, daß wir zu viel zerfallene Wohnungen haben. Der Erlaß des Wohlfahrtsministeriums ist nur zu begrüßen. Wir beantragen, daß der Erlaß nur zur Kenntnisnahme vorgelegt werde. Darüber wünschen wir namentliche Mitteilung, um dem Volke zu zeigen, wer seine Interessen wahrnimmt.

Abg. Bergschleffen (Str.): Dem Antrage des Vorredners schließen wir uns an. Der Erlaß schützt die breiten Volksmassen vor Ausbeutung. Der Weg, über eine Verordnung die Mietspiegelhöhe zu regeln, ist nicht ganz richtig gewählt. Ein Gesetz hätte die rechtliche Materie ordnen müssen.

Abg. Albers-Idershof (N. S.): Alle Mißstände lassen sich nur durch Sozialreform des Grund- und Grundbesitzes beseitigen. Hier handelt es sich um Grundbesitzfragen allerersten Ranges. Die Anträge wollen die Durchführung der Verordnung verzögern. Wir lehnen sie ab.

Geheimer Rat Müller, Vertreter des Amtsamtes: Die Verordnung ist ein Kompromiß zwischen Hausbesitzern und Mietern. Sie enthält keineswegs nur Schutzbestimmungen für die Mieter. Die Verordnung bezieht sich nicht, da sie auf dem Übergangsgesetz vom 17. April 1910 beruht.

Abg. Dalkner (Dm.): Es ist mir unverständlich, wie man von einer Vergebung der Mieter und Vermieter angesichts unseres Antrages sprechen kann. Er trägt den richtigen Weg, endlich zu gefunden Wohnungen zu kommen.

Darum wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr vertagt: Anfragen und keine Vorlagen.

Schlusssatz: Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Deutsches Reich.

Die Königsberger Messe.

Berlin, 23. Febr. Die vom Reichsausschuss ernannte Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sonntag mittags im großen Saal der Stadthalle durch den Oberbürgermeister eröffnet worden.

Eine Schieberorganisation entdeckt.

WZB, Berlin, 23. Febr. Laut „Vor-Anz.“ ist in Potsdam eine Schieberorganisation entdeckt worden, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutete. Ueber 50 Beteiligte wurden in Potsdam verhaftet. Eine große Menge Metalle konnte den betroffenen Firmen und den Reichsämtern wieder angeteilt werden. Auch Kaufleute mehrerer Firmen sind in die Angelegenheit verwickelt.

Rusland.

Vollständiger Erfolg.

WZB, Posen, 23. Febr. Nach einer Land-Meldung aus Barde brach ein russischer Dampfer am Wurmank die Meldung mit, daß die Witschewitz sich der Stadt, des Hafens und der Schiffe bemächtigt haben.

Halle und Umgebung.

Halle den 24. Februar 1920

Sitzung der Stadtverordneten.

Grenzpende — Teuerungsgulden — Steuererhöhungen — Lernmittelfreiheit — Städtisches Metallgeld — Die Verteilung der Reichsware.

Die Verhandlungen leitete Stv. Keil (Deutschnat.). Es liegen eine Reihe Eingänge vor, darunter ein Gesuch der Fabrikarbeiter, ihre Einkommen bis 5000 M. freizeichnen, mit dem Rechenzins, Stv. G. e. (Deutschnat.) zugestimmt. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Nach Antrag des Stv. Steinbrück (Deutschnat.) werden 50 Mieter und 50 Hausbesitzer für das Weisenhofgesetz an dem Hausbesitzersauschuss.

2. Die Einnahmen des Vereins der Kleinrentner, bei der Erhöhung der Steuerzuschläge, wie sie die Rentenbesitzer fordern, werden bis 5000 M. freizeichnen, mit dem Rechenzins, Stv. G. e. (Deutschnat.) zugestimmt. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

3. Nach Antrag des Stv. Steinbrück (Deutschnat.) werden 50 Mieter und 50 Hausbesitzer für das Weisenhofgesetz an dem Hausbesitzersauschuss.

4. Die Einnahmen des Vereins der Kleinrentner, bei der Erhöhung der Steuerzuschläge, wie sie die Rentenbesitzer fordern, werden bis 5000 M. freizeichnen, mit dem Rechenzins, Stv. G. e. (Deutschnat.) zugestimmt. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

5. Nach Antrag des Stv. Steinbrück (Deutschnat.) werden 50 Mieter und 50 Hausbesitzer für das Weisenhofgesetz an dem Hausbesitzersauschuss.

...aus dem ...

St. Gerig (W. Soj.) wünscht grundsätzlich die Mietverträge nur am 1. März verlängert zu werden. Dieser Antrag wird angenommen und mit Inangriff genommen. ...

St. A. B. (Unabh.) will sehen den Antrag ab. Er meint, die Mietbesitzer haben die Bevölkerung dem Verfall preisgegeben. ...

Erhöhung der Teuerungszulagen.

St. Soj (Deutschdem.) berichtet darüber: 1. Den Wagnis-Steuerbesitzer, Lehrerinnen - ausschließlich der Rollen-1. Lehrpersonen - und den auf Privatdienstvertrag stützigen Angestellten. ...

2. Den im Ruhestand lebenden Personen und den im Alter von 60 bis 70 Jahren, jedoch die Kriegszulage ungenutzt erhaltenen Zusammengehörigen. ...

3. Die bereits fälligen Beträge sind sofort nachzuweisen. Die Kosten der Erhebung sind auf 1. Januar 1920 ...

4. Die Einkünfte sind gemeinsam mit den bereits bestehenden Nachsteuern, also im Hinblick auf die Erhebung der direkten Steuern zu erheben. ...

St. B. (Unabh.) will sehen den Antrag ab. Er meint, die Mietbesitzer haben die Bevölkerung dem Verfall preisgegeben. ...

St. Soj (Deutschdem.): Es ist nicht vernehmlich, daß die Herren Anwesenden sich gegen Anträge für die ...

St. B. (Unabh.): Die Anträge des Herrn Kreis sind nicht. Die Gesamtheit der Beamten sind viel höher. ...

St. A. B. (Unabh.): Die Arbeiter haben sich durch die Organisierung der eigenen Vereine erkauft, wenn sie ihre Organisationskraft hätten einbringen können. ...

St. Soj (Deutschdem.) berichtet darüber: Die Einkünfte der Kleinrentner verweist man an den Magistrat als Material. ...

St. B. (Unabh.) unterteilt diesen Antrag namens des Gesundheitsausschusses in mehrere Punkte. ...

St. A. B. (Unabh.) unterteilt diesen Antrag namens des Gesundheitsausschusses in mehrere Punkte. ...

St. B. (Unabh.) unterteilt diesen Antrag namens des Gesundheitsausschusses in mehrere Punkte. ...

St. A. B. (Unabh.) unterteilt diesen Antrag namens des Gesundheitsausschusses in mehrere Punkte. ...

Die oben werden dann einmündiger. Metallgeld ausgeben, das keine Schwärze in sich hat. ...

St. A. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. A. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. A. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

St. A. B. (Unabh.) erklärt sich für die Ausprägung von Metallgeld. ...

